

Presseinformation

3. Dezember 2002

„Vom Bittsteller zum Kunden“

Kranzl will soziale Infopoints an allen Bezirkshauptmannschaften

Die Sozialgesetzgebung für Menschen in Not funktioniere gut, sagte gestern Landesrätin Christa Kranzl in St. Pölten, allerdings basiere das System auf Antragsstellungen. In Kombination mit Informationsdefiziten führe das dazu, dass, wer sich besser auskenne, mehr Leistungen erhalte. Für den Heizkostenzuschuss 2001 wären in Niederösterreich etwa 80.000 Menschen anspruchsberechtigt gewesen, tatsächlich haben nur 13.000 ein Ansuchen gestellt.

Auch die unterschiedlichen Zuständigkeiten bei den diversen Anträgen gehörten geändert. Es dürfe nicht so sein, dass man Sozialexperte sein müsse, um zu den gesetzlich festgeschriebenen Leistungen und damit zu seinem Recht zu kommen. Die Antragsteller seien keine Bittsteller, sondern Kunden der öffentlichen Hand, so Kranzl.

In Niederösterreich dürfe sich niemand allein gelassen fühlen; als ersten Schritt zum Abbau von Informationsdefiziten hat Kranzl daher kürzlich eine Soziallandkarte mit allen sozialen Einrichtungen vorgestellt. Als nächster Schritt sollten bei den Arbeitsämtern soziale Kompetenzzentren oder bei den Bezirkshauptmannschaften soziale Infopoints eingerichtet werden.

Bei diesen Infopoints, die 2003 eingerichtet werden sollen, soll es Beratungen zu allen sozialen Leistungen, egal ob vom Bund oder vom Land angeboten, geben – von steuerlichen Fragen über Arbeitslosigkeit und Ausbildung bis hin zu individuellen Fällen von Krankheit, Behinderung, Alter oder Invalidität. Die erforderlichen Formulare sollen bei den Infopoints nicht nur aufliegen, das zusätzlich geschulte Personal wird auch Hilfe beim Ausfüllen geben.